

Gebote fürs Leben: Politisches Grundsatzpapier der Freikirchen

Am Freitag haben Vertreter des Freikirchenverbands VFG den Medien in Zürich ein politisches Grundsatzpapier vorgestellt. Sie unterstreichen damit den Willen der Freikirchen, der „Stillen im Lande“, zum Wohl des Gemeinwesens und der Gesellschaft zu wirken.

Die 44-seitige Broschüre, in einem zweijährigen Prozess erarbeitet, ist ein evangelischer Beitrag zur Wertediskussion. Der VFG will „die Bedeutung der biblischen Gebote für ein freiheitliches und geordnetes Zusammenleben in Staat und Gesellschaft hervorheben“. Ausgehend von der Bibel, die „wirtschaftliche, soziale und geistliche Grundprinzipien aufzeigt“, formuliert der VFG, dass „der demokratische Rechtsstaat seine Legitimation nicht nur vom Volkswillen, sondern auch vom Erhaltungs- und Ordnungswillen Gottes bezieht“. Daher gehörten die 10 Gebote „nicht nur auf die Kanzel; sie gehören zu den Fundamenten der gesetzgeberischen Arbeit in den Ratssälen“.



🔍 Gottesdienst einer Freikirche.

Gebote Gottes und Demokratie

Der VFG, der „Deutschschweizer Verband der Freikirchen und Gemeinden“, schätzt im Papier die Demokratie nüchtern ein. Sie ist „keine christliche Staatsform; dennoch kommt sie christlichen Wertvorstellungen am nächsten. Die Nähe zum biblischen Menschen- und Weltbild ist unübersehbar.“

Aufgrund der in der Bundesverfassung garantierten Grundrechte, vom Recht auf Leben bis zur Vereinigungsfreiheit, fordern die Freikirchen, dass der Gesetzgeber bestimmten Bereichen besondere Beachtung schenkt: dem menschlichen Leben, „auch vor der Geburt und am Lebensende, Ehe und Familie, Ernährung und Landwirtschaft und zehn weiteren Themen. Als Verband betreibt der VFG „keine Parteipolitik. Er unterstützt eine Politik der Menschenliebe und der Menschlichkeit“. Politisch aktive Christen sollten „nicht spezifische Interessenvertreter sein, sie müssen die ganze Zivilgesellschaft vor Augen haben, Christen und Nichtchristen“.



Max Schläpfer,
Präsident VFG

Wo der Staat nicht mehr ordnet

Beim Schutz der Familie, in der Drogenpolitik, der Asyl- und Ausländerpolitik, der Fortpflanzungsmedizin und der Finanzpolitik stellt der Freikirchenverband einen regelrechten Vollzugsnotstand fest. In Anlehnung an den deutschen Verfassungsrechtler Böckenförde erklären die Freikirchen, dass „der liberale Staat von Voraussetzungen und Werthaltungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann“. Daraus folgt: „Die Ressourcen für den ethischen Konsens liegen in der christlich-abendländischen Kultur.“ Um die Stimme der Freikirchen in der Gesellschaft besser zur Geltung zu bringen, wünscht der VFG für sie einen öffentlich-rechtlichen Status. Weiter enthält das Papier diverse Stimmungsbezüge in gesellschaftlichen und politischen Fragen.

Webseite: www.freikirchen.ch

Ausführlicher Bericht folgt.